

Boss, Alfred et al.

Article — Digitized Version

Bundesrepublik Deutschland: in der Rezession

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred et al. (1992) : Bundesrepublik Deutschland: in der Rezession, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 4, pp. 366-389

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1544>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bundesrepublik Deutschland: In der Rezession

Von Alfred Boss, Malte Fischer, Jörg W. Krämer, Enno Langfeldt, Klaus-Werner Schatz und Peter Trapp

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in der Rezession. In den alten Bundesländern hat sich der konjunkturelle Abschwung, der im Frühjahr 1991 begann, im Sommerhalbjahr 1992 fortgesetzt. Das reale Bruttoinlandsprodukt stagnierte in der Tendenz. Besonders ausgeprägt war die konjunkturelle Schwäche im Produzierenden Gewerbe; Produktion und Kapazitätsauslastung sind spürbar gesunken. Im Herbst 1992 lag die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe erstmals seit 1984 unter ihrem langjährigen Durchschnitt. Im Dienstleistungsbereich hat sich der zuvor überaus kräftige Produktionsanstieg merklich abgeflacht. Die Konjunkturschwäche hat zu einer Wende auf dem Arbeitsmarkt geführt. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt seit Jahresbeginn 1992 stark zu (Schaubild 1), und die der Beschäftigten steigt nicht mehr. Der Preisauftrieb hat sich kaum verlangsamt; in laufender Rechnung lag er im Herbst noch immer bei rund 3,5 vH.

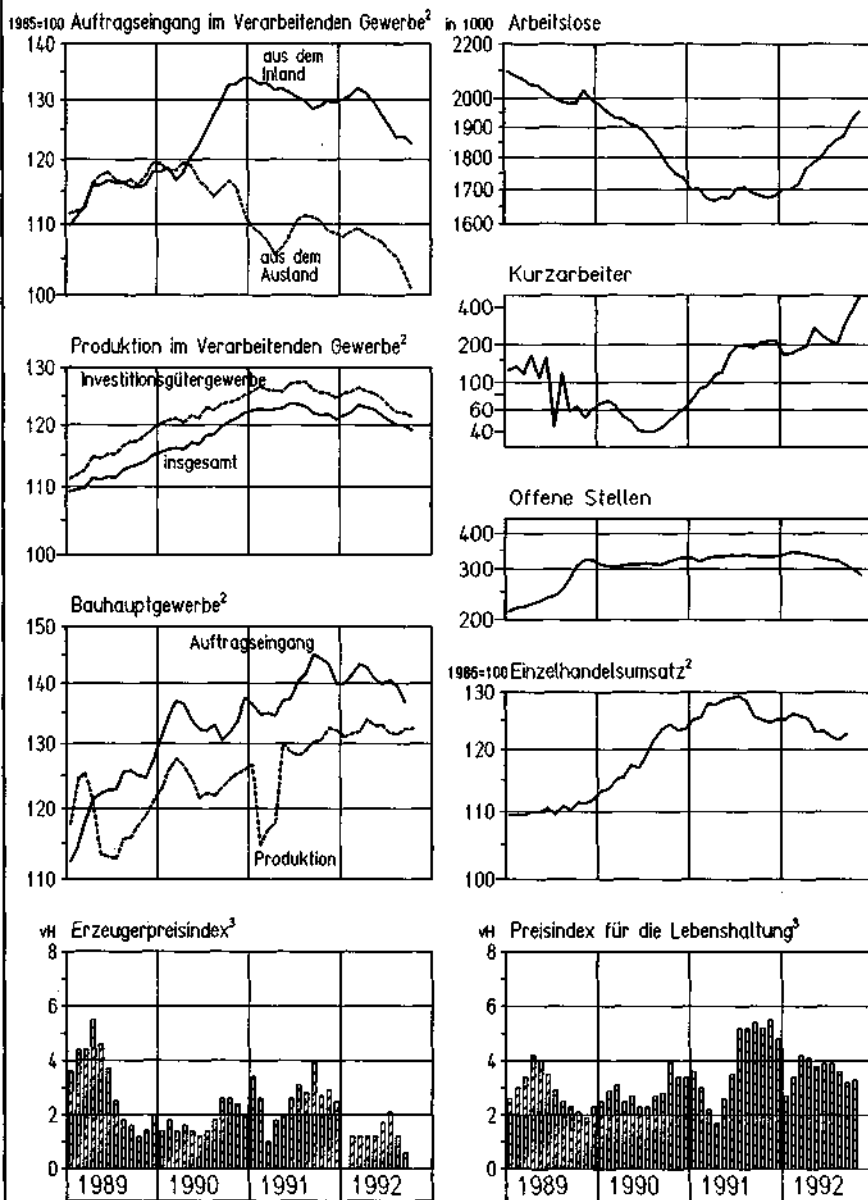
In den neuen Bundesländern wurde der Tiefpunkt in der wirtschaftlichen Aktivität zwar schon 1991 durchschritten, die deutliche Zunahme der Produktion in der zweiten Jahreshälfte von 1991 hat sich jedoch – vor allem infolge eines abermaligen Einbruchs der Ostexporte – 1992 zunächst nicht fortgesetzt. Im ersten Halbjahr 1992 stagnierte die gesamtwirtschaftliche Produktion; im dritten Quartal kam es zu einer leichten Belebung. Im Verarbeitenden Gewerbe hat sich die Produktion nach einem Rückgang in der ersten Jahreshälfte von 1992 auf niedrigem Niveau stabilisiert (Schaubild 2). Dagegen gab es im Baugewerbe und in den Dienstleistungsbereichen eine deutlich aufwärtsgerichtete Entwicklung. Auf dem Arbeitsmarkt ist eine Besserung nicht zu erkennen. Die Zahl der Beschäftigten hat weiter abgenommen; vor allem in der Industrie wurden mehr Arbeitsplätze abgebaut als neue errichtet. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist gleichwohl leicht zurückgegangen. Dazu haben vor allem die vielfältigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen beigetragen. Bei den Verbraucherpreisen ist noch immer die Erhöhung administrierter Preise prägend; in der Grundtendenz ist der Preisauftrieb in Ostdeutschland aber ähnlich wie in Westdeutschland. Überschritt der Konsumentenpreisindex im September 1992 – wegen der Anhebung administrierter Preise vor allem zum 1. Oktober 1991 – den Stand des Vorjahres um knapp 13 vH, so belief sich der Zuwachs im Oktober 1992 nur mehr auf 3 vH.

Auf dem Weg in eine tiefe Rezession?

Orientiert man sich an der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung, dann lag der konjunkturelle Höhepunkt des zurückliegenden Aufschwungs in Westdeutschland im Frühjahr 1991. Die jetzige Konjunkturabschwächung weist durchaus Gemeinsamkeiten mit vorherigen Zyklen auf (Schaubild 3). Allein die

Schaubild 1

Indikatoren¹ zur Konjunkturlage in Westdeutschland



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sowie der Bundesanstalt für Arbeit.

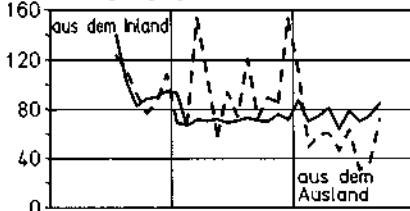
¹Saisonbereinigt. - ²Real; gleitender Dreimonatsdurchschnitt. - ³Veränderung in den letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.



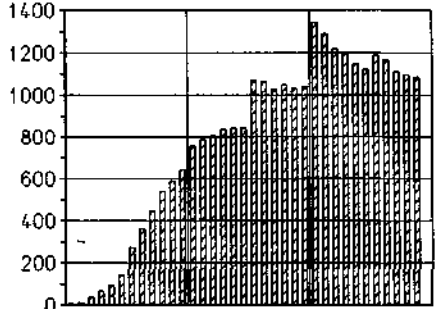
Indikatoren¹ zur wirtschaftlichen Lage in Ostdeutschland

2.Halb:
1990=100

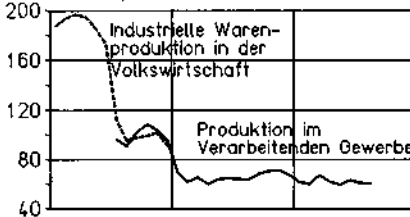
Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe



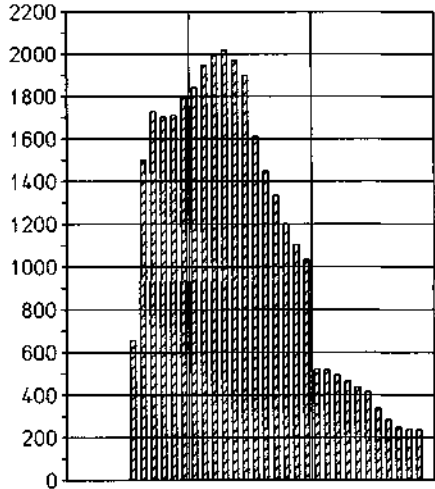
in 1000 Arbeitslose



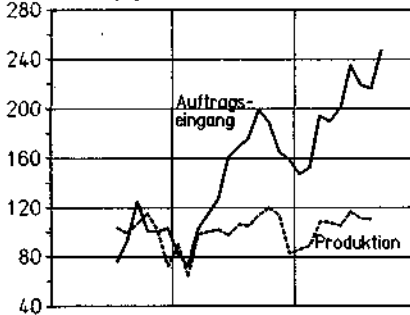
Industrieproduktion



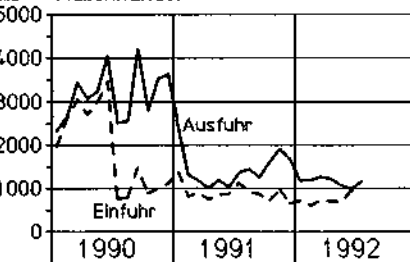
Kurzarbeiter



Bauhauptgewerbe

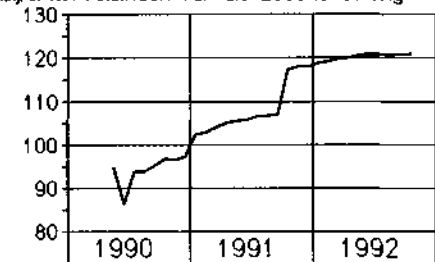


MILDM Außenhandel²



2.Hj. 90 /
1.Hj. 91=100

Preisindex für die Lebenshaltung



Nach Angaben des Gemeinsamen Statistischen Amtes, des Statistischen Bundesamtes sowie der Bundesanstalt für Arbeit.

¹Nicht saisonbereinigt. - ²Ohne innerdeutschen Handel.



Bauinvestitionen verliefen anders, nämlich günstiger als in den Abschwüngen vor der Mitte der siebziger und Anfang der achtziger Jahre.

Angesichts der fortgesetzt sinkenden Kapazitätsauslastung macht sich gegenwärtig die Furcht breit, die Wirtschaft werde in eine tiefe Rezession abgleiten. Dies würde vermutlich den Aufbau in den neuen Bundesländern verlangsamen. Die Absatzchancen für ostdeutsche Unternehmen würden sich verschlechtern, westdeutsche Unternehmen würden zudem angesichts von Überkapazitäten und verschlechterter Gewinnlage wohl zurückhaltend bei Investitionen im Osten sein. Hinzu kommt, daß Einnahmeausfälle des Staates auch zu einer Einschränkung bei den Hilfen für die neuen Bundesländer führen könnte.

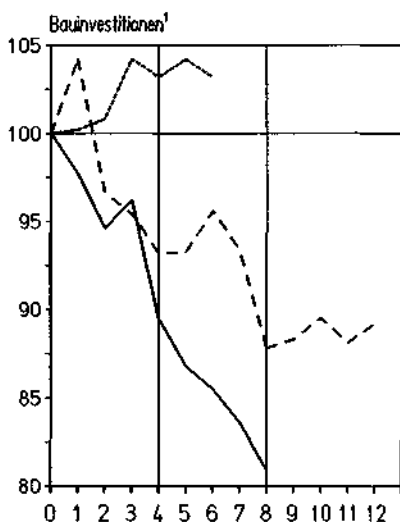
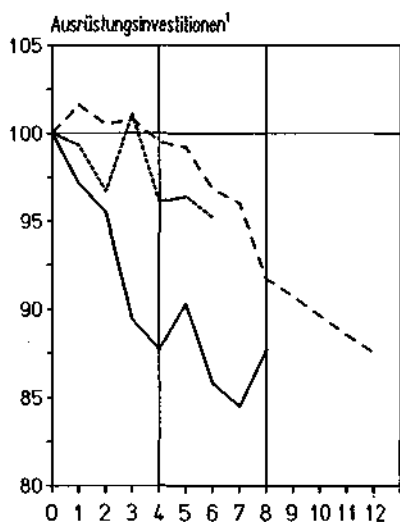
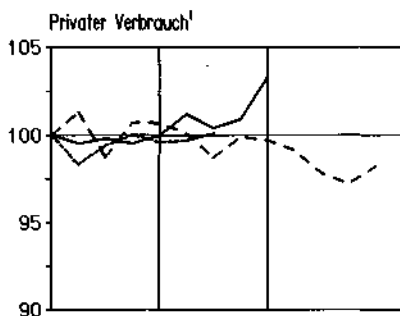
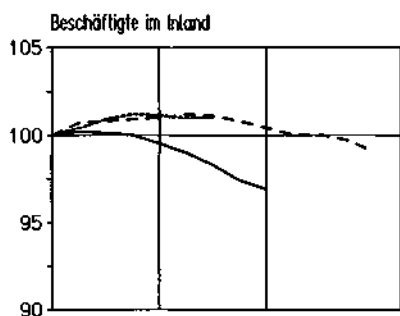
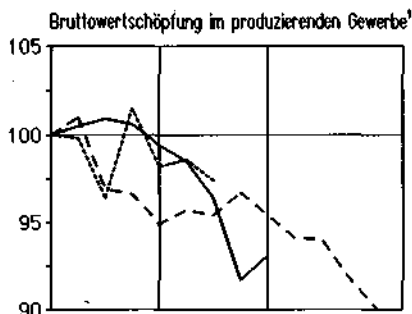
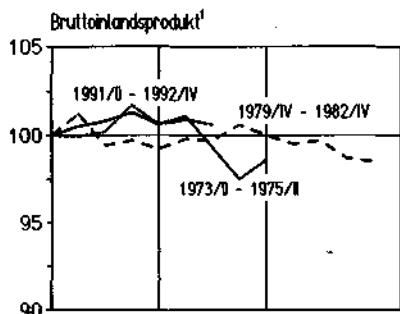
Der Konjunkturabschwung wird sich im Winterhalbjahr 1992/93 zwar fortsetzen. Nach unserer Einschätzung bestehen aber gute Chancen für eine konjunkturelle Wende im Jahr 1993. Die Rezession wird vergleichsweise milde ausfallen. Die Finanzierung der deutschen Vereinigung stellt gegenwärtig zwar eine besondere Belastung dar, andere dämpfende Faktoren sind jedoch weniger ausgeprägt als beispielsweise in der Rezession zu Beginn der achtziger Jahre. So haben sich die Gewinne der Unternehmen, nicht zuletzt wegen moderater Lohnsteigerungen, im zurückliegenden Aufschwung – anders als in der zweiten Jahreshälfte der siebziger Jahre – deutlich erhöht; sie sind trotz der inzwischen erfolgten Konjunkturabschwächung vergleichsweise hoch. Auch ist derzeit der Preisauftrieb niedriger als damals. Die Bundesbank sah sich daher nicht gezwungen, einen so restriktiven Kurs wie Anfang der achtziger Jahre zu verfolgen.

Anders als für die Vereinigten Staaten ist für Deutschland nicht zu erwarten, daß eine geldpolitische Lockerung erst spät greift, weil Verschuldungsprobleme die Nachfrage lähmen. Die deutschen Haushalte und Unternehmen haben im zurückliegenden Aufschwung ihre Verschuldung im Verhältnis zu ihren Einkommen kaum erhöht [Bessin et al., 1992]. Auch ist es in der Bundesrepublik im vorangegangenen Aufschwung nicht zu übermäßigen Preissteigerungen bei Immobilien und Aktien gekommen, die zu drastischen Preiseinbrüchen und damit verbundenen Solvenzproblemen führen könnten.

Ein beträchtliches Risiko für die weitere Konjunktorentwicklung liegt in den Auseinandersetzungen über die Teilung der finanziellen Lasten der Vereinigung. Immer wieder werden Vorschläge zur Erhöhung verschiedener Steuern und Abgaben gemacht; dies hat maßgeblich zur Verunsicherung von Konsumenten und Investoren beigetragen. Die mangelnde Bereitschaft der Tarifvertragsparteien, Fehler bei den vergangenen Tarifabschlüssen in den alten und insbesondere in den neuen Bundesländern zu korrigieren, verstärkt die Konjunkturschwäche im Westen und behindert den Aufbau im Osten.

Um die Rezession rasch zu überwinden und den Aufbau in Ostdeutschland voranzutreiben, versucht die Regierung gegenwärtig, die Gewerkschaften und die Unternehmensverbände in einen Solidarpakt einzubinden. Nach den Erfahrungen der Vergangenheit sind solche Vereinbarungen nicht unproblematisch. Zum einen ist es nicht möglich, verbindlich Leistungen und Gegenleistungen festzulegen. So können die Unternehmensverbände keine bindenden Zusagen bezüglich der Sicherung der Arbeitsplätze oder der künftigen Investitionen machen. Zudem können sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach

Vergleich ausgewählter Abschwungsphasen in Westdeutschland



Quartale nach dem konjunkturellen Höhepunkt

Quartale nach dem konjunkturellen Höhepunkt

¹In konstanten Preisen.



Abschluß eines solchen Solidarpakts ändern. Daher ist die Gefahr groß, daß es im nachhinein bei den Beteiligten Enttäuschungen gibt. Besser wäre es, wenn die beteiligten Verbände und Institutionen aus eigenem Antrieb und in eigener Verantwortung die notwendigen Schritte einleiteten. Die Tarifvertragsparteien müssen erkennen, daß sie für die Entwicklung der Beschäftigung verantwortlich sind. Wir haben in dieser Prognose unterstellt, daß im Jahr 1993 sowohl in der Finanz- als auch in der Lohnpolitik erste – wenn auch zaghafte – Schritte in die richtige Richtung erfolgen.

Finanzpolitik: Zögerliche Kurskorrektur

Die Finanzpolitik sah sich infolge der deutschen Einigung vor große Probleme gestellt. Ihr ist es bislang nicht gelungen, die Ausgabenprioritäten neu zu setzen und so die Lasten infolge der Altschulden der DDR sowie die Belastungen durch den Aufbau der neuen Bundesländer zu bewältigen; vielmehr wurden die Steuern und die Sozialabgaben kräftig erhöht und die Verschuldung massiv ausgeweitet (Tabelle 1). Die Staatsquote (Ausgaben des Staates im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt) ist so hoch wie noch nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Die Subventionen wurden in einzelnen Bereichen zwar verringert (Zonenrandförderung, Berlin-Förderung), in anderen aber angehoben (so für den Wohnungsbau: erhöhter – einkommensabhängiger – Abzugsbetrag für die Anschaffungs- oder Herstellungskosten selbstgenutzter Eigenheime in den ersten vier Jahren der Nutzung, befristeter Schuldzinsenabzug bei Neubauten unabhängig von der Höhe des Einkommens). Im übrigen wurde das westliche Subventionssystem weitgehend auf die neuen Bundesländer übertragen. Die Subventionen insgesamt dürften 1992 rund 170 Mrd. DM erreicht haben.

Die Personalausgaben der Länder im Westen sind 1992 – vor allem infolge der kräftigen Lohnanhebung – um reichlich 7 vH gestiegen; in den neuen Bundesländern nahmen die Personalausgaben der Länder – die Tariflöhne waren um fast 30 vH höher – drastisch zu. Die Sozialleistungen im Westen sind 1992 trotz der einigungsbedingt hohen Belastungen etwa so stark wie 1991 ausgeweitet worden. So stiegen die Sozialhilfeausgaben – konjunkturbedingt und infolge hoher Zuwanderungen von Aussiedlern und Asylbewerbern – kräftig. Andere Transfers nahmen wegen diskretionärer Beschlüsse zu. So ist das Kindergeld für das erste Kind erhöht worden.

Gespart haben die Länder und Gemeinden im Westen 1992 bei den Investitionen; Investitionsprojekte wurden – wie immer in Zeiten finanzieller Anspannung – verschoben oder gestrichen. Die realen öffentlichen Investitionen insgesamt dürften 1992 im Westen deutlich schwächer als 1991 gestiegen sein. Dagegen haben sie in den neuen Bundesländern erheblich zugenommen. Die Ausgaben des Staates insgesamt (einschließlich Treuhandanstalt) sind 1992 um 9,5 vH gestiegen.

Die Budgetdefizite der Gebietskörperschaften dürften 1992 – bedingt vor allem durch die kräftigen Steuererhöhungen zur Jahresmitte 1991 – trotz der starken Ausgabenexpansion niedriger sein als 1991. Die Verschuldung der Ge-

Tabelle 1 – Ausgaben des Staates¹, Steuern, Sozialabgaben, Budgetsaldo und Verschuldung 1950–1992 – in vH des Bruttosozialprodukts

	Ausgaben	Steuern	Sozialabgaben	Sonstige Einnahmen	Budgetsaldo	Verschuldung ²
Früheres Bundesgebiet						
1950	31,1	21,0	8,5	2,3	0,6	21,0
1960	32,9	23,0	10,3	2,6	3,0	17,4
1970	39,1	24,0	12,6	2,7	0,2	18,6
1980	48,9	25,8	16,8	3,4	-2,9	31,7
1981	49,7	25,1	17,4	3,6	-3,7	35,4
1982	50,0	24,8	17,9	4,0	-3,3	38,7
1983	48,7	24,8	17,3	4,1	-2,5	40,1
1984	48,1	24,9	17,3	4,0	-1,9	40,7
1985	47,7	25,1	17,4	4,1	-1,1	41,4
1986	47,1	24,4	17,4	4,0	-1,3	41,4
1987	47,4	24,5	17,5	3,5	-1,9	42,4
1988	47,0	24,3	17,4	3,2	-2,1	42,8
1989	45,3	24,9	17,0	3,5	0,1	41,3
1990	45,8	23,5	16,8	3,5	-2,0	43,2
1991	49,1	25,0	17,1	3,5	-3,6	.
Bundesgebiet einschließlich der neuen Bundesländer						
1991	50,2	24,4	18,2	3,4	-4,1	44,3
1992	51,5	25,0	18,4	3,7	-4,5	52,3

¹ Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, einschließlich Treuhandanstalt. –
² Öffentliche Haushalte (ohne Sozialversicherung, einschließlich Treuhandanstalt und ehemals staatliche Wohnungswirtschaft der DDR), Stand am Jahresende in vH des Bruttosozialprodukts des betreffenden Jahres.

Quelle: Statistisches Bundesamt (1992a; 1992b); Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen (insbesondere für das erweiterte Bundesgebiet).

bietskörperschaften hat gleichwohl beträchtlich zugenommen und beträgt in Relation zum Bruttosozialprodukt etwa 52 vH. In der Sozialversicherung sind 1992 – trotz höherer Beitragssätze im Durchschnitt aller Versicherungszweige – Rücklagen abgebaut worden; dies gilt für die Krankenversicherung, aber auch für die Arbeitslosenversicherung.

Die Budgetdefizite der Gebietskörperschaften sind in den Jahren 1991 und 1992 geringer gewesen, als ursprünglich erwartet worden war [BMF, a; b]. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Finanzpolitik ihren Kurs korrigieren muß. Die Fehlbeträge sind nämlich – für sich genommen – sehr groß. Kommt es bei den öffentlichen Ausgaben nicht zu deutlichen Einschnitten, so werden die Defizite auf hohem Niveau verharren, und eine weitere starke Zunahme der öffentlichen Verschuldung ist vorgezeichnet. Zwar ist ein Teil der für 1993 absehbaren Defizitauseitung konjunkturbedingt, aber auch das konjunkturbereinigte Defizit wird 1993 – gemessen an den Werten der achtziger Jahre – beträchtlich sein.

Dieses (strukturelle) Defizit sollte trotz der Rezession verringert werden. Die Argumentation, nach der Ausgabenkürzungen in der Rezession zu unterbleiben haben, damit diese nicht verschärft werde, greift aus zwei Gründen zu kurz. Zum einen bedeutet eine Kürzung der Ausgaben des Staates nicht, daß die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in gleichem Maße sinkt; vielmehr sind beispielsweise Zinsenkungstendenzen und damit positive Nachfrageeffekte zu erwarten. Zum anderen sind Ausgabenkürzungen wohl nur unter dem Diktat leerer Kassen politisch durchzusetzen; negative Wirkungen von Einsparmaßnahmen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, zu denen es kurzfristig per saldo kommen kann, sind hinzunehmen, um mittelfristig positive Angebots-effekte und damit ein höheres Wachstum der Realeinkommen zu ermöglichen.

Tatsächlich sind einige Einsparmaßnahmen beschlossen worden. Die Ausgaben im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen (vor allem bei Eingliederungshilfen für Aussiedler und bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) werden verringert mit der Folge, daß der Bundeszuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit gekürzt werden kann. Die Sozialhilfeleistungen für Ausländer werden eingeschränkt und vermehrt in Form von Sachleistungen ausgezahlt. Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung (beispielsweise für Arzneimittel und für Krankenhauspflege) werden begrenzt; angestrebt wird ein Einsparvolumen von 11 Mrd. DM. Weitere Kürzungen der staatlichen Ausgaben werden geplant. So soll der Lohnanstieg im öffentlichen Dienst gedämpft werden, was sich wegen des hohen Anteils der Personalausgaben an den gesamten Ausgaben vor allem bei den Ländern und Gemeinden im Westen und im Osten auswirken würde; auch will der Bund Personal abbauen. Zudem werden Subventionseinschnitte und Kürzungen bei einzelnen Sozialleistungen (z. B. Kindergeld) erwogen.

Wegen der Erhöhung der Mehrwertsteuer wird die Steuerquote 1993 – trotz der Abschaffung des Solidaritätszuschlags – hoch bleiben. Die Sozialabgabenbelastung dürfte 1993 trotz der Einsparmaßnahmen zunehmen. Der Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung wird wohl auf reichlich 13 vH, der in der Arbeitslosenversicherung auf fast 7 vH angehoben werden. Demgegenüber fällt die Senkung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung kaum ins Gewicht.

Es wäre angesichts der hohen Belastung durch Steuern und Sozialabgaben verfehlt, die Steuern nochmals zu erhöhen. Die Leistungsanreize und die Investitionsneigung und damit die Qualität des Standorts Bundesrepublik Deutschland würden weiter beeinträchtigt. Auch würden die Sparanstrengungen nachlassen, wenn Aussicht auf höhere Steuereinnahmen und damit auf eine Linderung der Finanznot besteht.

Steuererhöhungen lassen sich nicht mit hohen zusätzlichen Ausgaben begründen, die infolge der Übernahme von Altschulden der DDR bis zur Mitte der neunziger Jahre entstehen. Diese Altschulden sind im wesentlichen seit Anfang 1992 bekannt; sie werden bedient, was vor allem den Bund belastet. Im Herbst 1992 kamen 40 Mrd. DM vor allem deshalb hinzu, weil Transferrubel-Forderungen an Unternehmen in den ehemaligen RGW-Staaten notleidend wurden. Die daraus resultierenden Zinsausgaben sind in den öffentlichen Haushalten für

1993 enthalten. Die zusätzlichen Belastungen, zu denen es bis 1995 kommen wird, werden sich vermutlich in engen Grenzen halten.

Auch ein erhöhter Finanzbedarf wegen der Neugestaltung des Finanzausgleichs zwischen den Bundesländern kann nicht als Argument für höhere Steuern im Jahr 1995 geltend gemacht werden; denn der Fonds „Deutsche Einheit“, der gewissermaßen als Ersatz für einen Finanzausgleichsmechanismus dient, wird nach 1994 neue Schulden nicht mehr aufnehmen. Daher werden der Bund sowie die Länder und Gemeinden im Westen über den bisherigen Mechanismus nicht mehr belastet; sie haben nach 1994 lediglich die kumulierte Verschuldung des Fonds zu bedienen. Mehraufwendungen und damit Finanzierungsprobleme des Bundes und der alten Bundesländer kann es nur geben, wenn im Rahmen der neuen Finanzausgleichsregeln höhere Beträge als bisher in die neuen Bundesländer transferiert werden.

Auch die geplante Bahnreform begründet nicht die Notwendigkeit von Steuererhöhungen. Sollte der Bund im Zuge der Reform Schulden der Deutschen Bundesbahn und der Reichsbahn übernehmen, so liegt es nahe, zu deren Bedienung die Erlöse aus einer vermehrten Privatisierung von Bundesvermögen einzusetzen. So könnten beispielsweise die Bahnen selbst und die Telekom verkauft werden.

Schließlich wäre es falsch, die Steuern zu erhöhen, um zusätzliche Ausgaben oder Steuererleichterungen zugunsten der neuen Bundesländer zu finanzieren. Die Hilfen sind bereits massiv, ihre Wirkung sollte abgewartet werden. Jegliche neue Hilfe schwächt die Bereitschaft, die dringend notwendige Lohnkorrektur in Gang zu setzen. Lassen sich allgemeine Investitionsförderungsmaßnahmen noch begründen, so sind selektive Maßnahmen wie z. B. die geplanten speziellen Hilfen für das Verarbeitende Gewerbe und das Handwerk oder die Aufstockung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ nicht zu rechtfertigen; sie begünstigen bestimmte Gruppen von Unternehmen, obwohl es keine Gründe dafür gibt, daß deren Investitionen besonders förderungswürdig sind. Ebenso schädlich wie selektive Fördermaßnahmen sind die Ansätze einer Industriepolitik, zu denen es offenbar im Rahmen einer Neugewichtung der Aufgaben der Treuhandanstalt kommen soll.

Auch eine Mehrwertsteuerpräferenz zugunsten der Unternehmen in den neuen Bundesländer ist nicht angebracht. Eine solche Präferenz bedeutet, daß bei Käufen von diesen Unternehmen die Mehrwertsteuerbelastung partiell oder vollständig unterbleibt. Die Begünstigung würde – je nach Ausgestaltung – den Unternehmen in den neuen Bundesländern zwar tendenziell helfen, würde aber wohl auch dazu führen, daß Güterströme über das Gebiet der ehemaligen DDR umgeleitet werden, um Steuern zu vermeiden; eine Kontrolle des Mißbrauchs wäre nicht oder nur mit hohem Aufwand möglich. Sollen die Absatzchancen der ostdeutschen Unternehmen verbessert werden, so ist dies vor allem über eine Korrektur des Lohnniveaus anzustreben.

Notwendig ist eine umfassende Reform der Unternehmensbesteuerung. Die geplanten Maßnahmen im Rahmen des „Standortsicherungsgesetzes“ sind unzureichend. Deren Verwirklichung würde bedeuten, daß Verbesserungen in Teilbereichen (Senkung des Körperschaftsteuersatzes für einbehaltene Gewinne

von 50 auf 44 vH, Begünstigung gewerblicher Einkünfte bei der Bemessung der Einkommensteuer, Nichterhebung der Gewerbesteuer und der Vermögensteuer in den neuen Ländern auch im Jahr 1995) durch erhebliche negative Wirkungen in anderen Bereichen (Verschärfung der Abschreibungsregelungen) erkauft werden. Sie würde auch dazu führen, daß – bei einer Abkehr von dem Prinzip einer einheitlichen Einkommensbesteuerung und bei noch größerer Komplexität des Steuerrechts – die Abschaffung der Gewerbesteuer weiter erschwert würde; denn die Doppelbelastung der gewerblichen Einkünfte durch die Gewerbesteuer und die Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer – ein wichtiges Argument für die Abschaffung der Gewerbesteuer – würde verringert.

Geldpolitik: Lockerung in Sicht

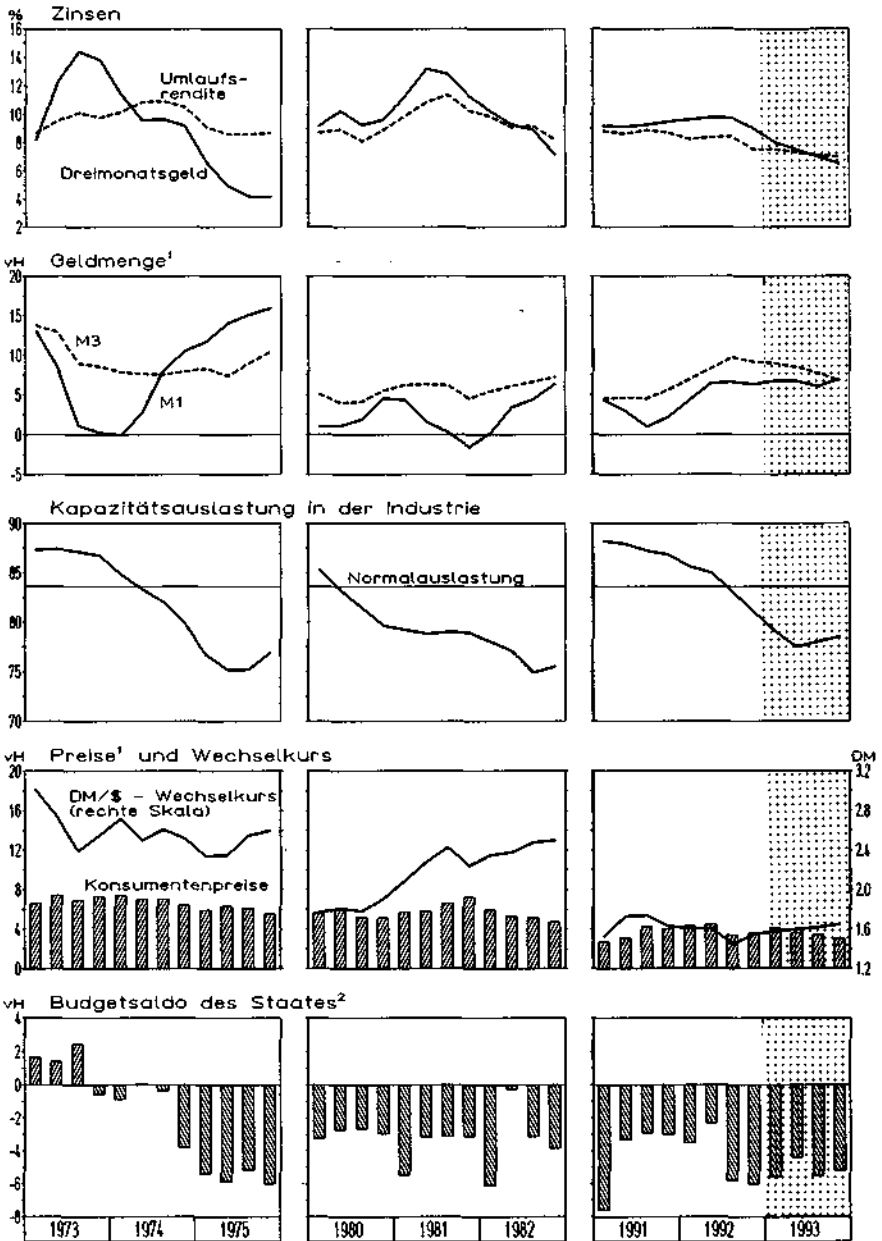
Mitte September 1992 hat die Bundesbank, nachdem sie Anfang 1988 mit Zinserhöhungen begonnen hatte, ihre Leitzinsen erstmalig gesenkt; der Diskontsatz beträgt nunmehr $8 \frac{1}{4} \%$ (nach $8 \frac{3}{4} \%$), der Lombardsatz $9,5 \%$ (nach $9 \frac{3}{4} \%$). Darüber hinaus hat die Bundesbank die Zinssätze für Wertpapierpensionsgeschäfte, denen für die Entwicklung der Geldmarktzinsen maßgebliche Bedeutung zukommt, um knapp einen Prozentpunkt verringert. Sie hat ihre Maßnahmen damit begründet, daß die Aufwertung der D-Mark gegenüber einer Reihe europäischer Währungen, die sich im Gefolge der Turbulenzen im EWS ergeben hat, ihre Bemühungen zur Stabilisierung des Preisniveaus unterstütze. Weil die langfristigen Zinsen ebenfalls gesunken sind, ist die Zinsstruktur allerdings noch so invers wie zuvor, was auf eine anhaltend enge Geldpolitik hindeutet. Die Bundesbank zögert mit weiteren Zinssenkungen, da die Geldmenge M3 außerordentlich kräftig – zuletzt mit einer Rate von 10 vH – expandiert, und der Preisauftrieb trotz sinkender Importpreise noch immer hoch ist.

Dem weiteren Kurs der Geldpolitik kommt für den Fortgang der Konjunktur im nächsten Jahr große Bedeutung zu. So wird nicht nur die zukünftige Entwicklung der Binnennachfrage maßgeblich vom Kurs der Bundesbank bestimmt, sondern auch die der Exporte. Nach wie vor ist eine Reihe wichtiger europäischer Handelspartnerländer bemüht, den Wechselkurs ihrer Währungen gegenüber der D-Mark stabil zu halten. Zinssenkungen in Deutschland würden es diesen Ländern ermöglichen, ihrerseits die Zinsen zu senken, ohne das Wechselkursziel zu gefährden. Angesichts der schwachen Konjunktur in Westeuropa würden der Herabsetzung der Zinsen durch die Bundesbank umgehend entsprechende Zinssenkungen in anderen europäischen Ländern folgen. Damit würden sich auch die Exportchancen deutscher Unternehmen verbessern.

Um zu einem Urteil über die weitere Zinsentwicklung zu kommen, ist es hilfreich (Schaubild 4), den gegenwärtig laufenden Prozeß der geldpolitischen Lockerung mit entsprechenden Zinssenkungsphasen vor der Mitte der siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre zu vergleichen. Dabei sind jene Faktoren wichtig, denen nach Einschätzung der Bundesbank eine Bedeutung für ihren geldpolitischen Kurs zukommt; dies sind neben der Geldmenge die Konsumentenpreise, die Wechselkurse, der Budgetsaldo und die Konjunkturentwicklung.

Schaubild 4

Zur Geldpolitik in ausgewählten Zinssenkungsphasen



¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. - ² in vH des nominalen Bruttozonalprodukts, 1991 - 1993 für Gesamtdeutschland.

Sowohl vor der Mitte der siebziger als auch Anfang der achtziger Jahre erfolgte eine nachhaltige Zinssenkung, die schließlich die inverse Zinsstruktur beendete, erst bei starker Verschlechterung der Konjunktur und bei geringer werdendem Anstieg der Konsumentenpreise. In solchen Situationen hat die Bundesbank trotz hoher Haushaltsdefizite (1975) oder einer tendenziellen Abwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar (1981/83) ihre Zinsen verringert.

Die Kapazitätsauslastung in der Industrie lag Ende 1992 bereits deutlich unter ihrem langjährigen Durchschnitt, ein weiterer Rückgang zu Beginn des kommenden Jahres ist wahrscheinlich. Dem steht freilich gegenüber, daß sich die Preissteigerungsrate zu Jahresbeginn 1993 wegen der Mehrwertsteuererhöhung erhöht. Dies dürfte die Bundesbank zunächst zu einer abwartenden Haltung bewegen, weil der Preisanstieg als Argument für hohe Lohnabschlüsse verwendet werden könnte. In dem Maße wie sich diese Befürchtungen als unbegründet herausstellten, weil die Lohnforderungen bereits deutlich niedriger sind als im Vorjahr, wird die Notenbank wohl die Zinsen senken. Da im weiteren Verlauf des Jahres angesichts der schwachen Konjunktur mit einer allmählichen Abflachung des Preisauftriebs zu rechnen ist, dürfte sie den Prozeß der Zinssenkungen fortsetzen.

Die gegenwärtig hohe Expansionsrate der Geldmenge M3 überzeichnet die monetäre Grundtendenz. Wegen der inversen Zinsstruktur werden nämlich die Termineinlagen zu Lasten langfristiger Finanzanlagen rasch ausgeweitet. Hinzu kommt, daß das Inkrafttreten der Zinsabschlagsteuer am 1. Januar 1993 die Bargeldnachfrage wohl vorübergehend erhöht hat. Ferner dürften auch die massiven Währungszuflüsse im Zusammenhang mit der Anpassung der Wechselkurse im EWS das Geldmengenwachstum zeitweise beschleunigt haben. Freilich war wohl auch – darauf haben die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten hingewiesen – das Geldmengenziel für 1992 (Ausweitung der Geldmenge M3 vom vierten Quartal 1991 bis zum vierten Quartal 1992 mit einer Rate von 3,5 bis 5,5 vH) zu eng bemessen [Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, 1992, S. 30 ff.]. Begründet werden kann dies damit, daß bei der Bestimmung des Geldmengenziels durch die Bundesbank der trendmäßige Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit etwas zu niedrig angesetzt worden ist und die beträchtlichen administrativen Preisanhebungen in Ostdeutschland bei der Festlegung des tolerierbaren gesamtdeutschen Preisanstiegs nicht hinreichend berücksichtigt worden sind. Die administrativen Preisanhebungen werden freilich im nächsten Jahr niedriger als in diesem Jahr ausfallen. Im kommenden Jahr ist ein Geldmengenwachstum von 6 bis 8 vH durchaus mit einer Stabilitätsorientierung auf mittlere Sicht vereinbar.

Wir haben für diese Prognose unterstellt, daß die Bundesbank ihr Geldmengenziel für 1993 anhebt und eine Ausweitung der Geldmenge M3 in der genannten Größenordnung zuläßt. Die Geldmarktzinsen werden im Verlauf von 1993 deutlich zurückgehen. Am Jahresende werden die Zinsen für Dreimonatsgeld nach unserer Einschätzung unter 7 vH liegen. Insgesamt werden von der zu erwartenden Lockerung der Geldpolitik jedoch frühestens im zweiten Halbjahr kommenden Jahres anregende Wirkungen auf die Konjunktur ausgehen.

Lohnpolitik: Neubesinnung in West und Ost erforderlich

In Westdeutschland sind die Tariflöhne im Jahr 1992 gegenüber dem Niveau im Vorjahr um nahezu 6 vH erhöht worden. Die Lohnstückkosten haben um 5 vH zugenommen. Dem spürbaren Druck auf die Gewinnspannen versuchen die Unternehmen durch Preisanhebungen zu begegnen; dies gelingt ihnen angesichts der schwachen Nachfrage und des intensiven Wettbewerbs jedoch nur zum Teil. Viele Unternehmen sehen sich daher gezwungen, die Zahl der Arbeitskräfte zu verringern, um die Kosten zu senken. Bei den ungünstigen Absatzaussichten auf den in- und ausländischen Märkten und den gedrückten Gewinnerwartungen läßt die Investitionstätigkeit der Unternehmen deutlich nach.

Eine deutliche Wende in der Lohnpolitik ist erforderlich. Der im Jahr 1992 vereinbarte Abschluß in der Metallindustrie, der – unter Einrechnung von Arbeitszeitverkürzungen – ab 1. April 1993 einen Anstieg der Stundenlöhne um 5,7 vH vorsieht, darf in der kommenden Tarifrunde nicht als Maßstab dienen. Auch darf nicht versucht werden, die Umverteilung von den privaten Haushalten zum Staat bei den Lohnverhandlungen zu Lasten der Unternehmensgewinne zu korrigieren. Als Folge der Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt auf 15 vH zum 1. Januar 1993 wird sich wohl ein zusätzlicher Anstieg des Preisniveaus um etwa 0,5 vH ergeben. Die Gewinnspannen der Unternehmen erhöhen sich dadurch jedoch nicht.

Als Richtschnur für die ausstehenden Lohnabschlüsse wird häufig der unvermeidbare Preisanstieg – vermindert um den Effekt der Mehrwertsteueranhebung – zuzüglich des Produktivitätszuwachses genannt. Wir erwarten für das kommende Jahr in Westdeutschland einen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs von rund 1,5 vH. Eine Preissteigerungsrate von etwa 2 vH – ohne Mehrwertsteuereffekte – dürfte wohl auch ohne zusätzlichen Kostenschub nicht vermeidbar sein. Daraus ergibt sich als obere Grenze für den Lohnanstieg im kommenden Jahr eine Rate von rund 3,5 vH. Lohnsteigerungen in dieser Größenordnung würden aber die Arbeitslosigkeit erhöhen. In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage muß es aber darum gehen, die Rezession schnell und mit einem möglichst geringen Verlust von Arbeitsplätzen zu überwinden. Aus diesem Grunde sollte der Produktivitätsanstieg nicht für Lohnerhöhungen, sondern für die Verbesserung der Unternehmenserträge und der Rentabilität des Einsatzes von Arbeitskräften genutzt werden. Mit Lohnabschlüssen von 2 vH erhielten die Arbeitnehmer einen Ausgleich für den unvermeidbaren Preisanstieg – ohne die gewollte Umverteilung zum Staat –, und zugleich könnten sich die Ertragsaussichten deutlich verbessern. Die Grundlagen für eine Belebung der Unternehmensinvestitionen würden so geschaffen.

Moderate Lohnabschlüsse würden den Konflikt zwischen Lohn- und Geldpolitik entschärfen und es der Bundesbank erleichtern, ihren Kurs allmählich zu lockern. Um niedrige Lohnabschlüsse zu ermöglichen, ist es aber dringend erforderlich, daß weitere Belastungen der Unternehmen und Arbeitnehmer durch höhere Steuern und Sozialabgaben unterbleiben. Denn solche Belastungen provozieren Verteilungskonflikte und immer neue Versuche, bei Tarifver-

handlungen Korrekturen durchzusetzen. Wir haben in dieser Prognose nicht unterstellt, daß die Tarifvertragsparteien in der kommenden Lohnrunde voll auf den Kurs des eigentlich Gebotenen einschwenken. Wir nehmen allerdings an, daß sie angesichts der Rezession und der steigenden Arbeitslosigkeit Lohnzuwächse vereinbaren werden, die mit rund 3,5 vH deutlich niedriger als die der zurückliegenden Tarifrunde ausfallen.

Hinsichtlich Ostdeutschland konzentriert sich die lohnpolitische Diskussion gegenwärtig auf den tarifvertraglich festgelegten Prozeß der Lohnanpassung an das westdeutsche Niveau. Die Löhne je Stunde in den neuen Ländern sind im Jahr 1992 um nahezu ein Drittel gegenüber dem Niveau im Vorjahr erhöht worden. Dabei sind die Lohnstückkosten drastisch gestiegen, und die Wettbewerbsfähigkeit Ostdeutschlands als Standort für Unternehmen hat sich weiter verschlechtert. Erforderlich ist eine Lohnpolitik, die der relativ reichlichen Ausstattung Ostdeutschlands mit Arbeitskräften durch niedrige Löhne Rechnung trägt, zumal kompensierende Standortvorteile Ostdeutschlands noch kaum zu erkennen sind.

Offensichtlich lagen den vereinbarten Lohnerhöhungen Erwartungen über Produktivitätszuwächse zugrunde, die sich in der kurzen Frist als unrealisierbar erwiesen. Der Korrekturbedarf ist offensichtlich. Dem sollte zum einen dadurch Rechnung getragen werden, daß von den in Einzelbereichen vereinbarten Revisionsklauseln Gebrauch gemacht wird, um den Prozeß der Lohnanpassung zeitlich zu strecken. Zum anderen sollten in Not geratene Betriebe die Möglichkeit erhalten, im Rahmen von Öffnungsklauseln durch Betriebsvereinbarungen mit den Arbeitnehmern die Entlohnung unter das tariflich vereinbarte Niveau zu senken. Auch für die nächsten Jahre sind in Ostdeutschland Produktivitätssteigerungen zu erwarten, die deutlich über denen in den alten Bundesländern liegen. Selbst bei einem Lohnanstieg in Ostdeutschland, der spürbar geringer als die Produktivitätszunahme ist, käme es zu einer allmählichen Angleichung des ostdeutschen an das westdeutsche Lohnniveau. Zugleich würden aber Anreize gesetzt, vermehrt Arbeitsplätze zu schaffen, und die überkommenen Betriebe hätten bessere Chancen, sich umzustrukturieren.

In diesem Zusammenhang kann das Argument nicht überzeugen, vereinbarte Tariflohnzuwächse müßten zugunsten der Arbeitnehmer und ihres Vertrauens in die Tarifpolitik unbedingt durchgesetzt werden. Vielen Arbeitnehmern in Ostdeutschland wäre mit Lohnkonzessionen, die den Erhalt ihrer Arbeitsplätze ermöglichen, sicherlich mehr gedient als mit einem starrem Festhalten an überhöhten Lohnzuwächsen, die ihren Arbeitsplatz vernichten. Vielfach wird befürchtet, Betriebsvereinbarungen auf Unternehmensebene erodierten die Bindungswirkung von Tarifverträgen und zerstörten auf diese Weise die Tarifautonomie. Dem ist jedoch entgegenzuhalten, daß die kollektive Tarifautonomie keinen Wert an sich darstellt. Sie muß sich vielmehr durch ihre wirtschaftlichen Folgen sowie durch ihre gesellschaftliche Akzeptanz legitimieren.

Den Forderungen nach Öffnungsklauseln und zeitlicher Streckung der Lohnanpassung wird auch entgegeng gehalten, der hohe Preisanstieg in den neuen Bundesländern erfordere zur Sicherung der Realeinkommen kräftige Lohnerhöhungen. Tatsächlich zeichnen sich für das Jahr 1993 Preiserhöhungen von

etwa 8 vH in Ostdeutschland ab. Auch mit spürbar geringeren als den bisher vorgesehenen Tarifloohnerhöhungen – in der Metallindustrie gegenüber dem Vorjahr etwa 20 vH – könnten die Reallöhne steigen.

Ausblick Westdeutschland: Konjunkturelle Besserung in der zweiten Jahreshälfte 1993

Die verfügbaren Konjunkturindikatoren lassen erwarten, daß die gesamtwirtschaftliche Produktion in Westdeutschland im Winterhalbjahr 1992/93 in der Tendenz weiter rückläufig sein wird. Die Geschäftserwartungen sind im Verarbeitenden Gewerbe zuletzt nochmals deutlich ungünstiger geworden; auch im Baugewerbe hat sich das Konjunkturklima merklich eingetrübt. Die Auftrags-eingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind seit dem Frühjahr deutlich abwärtsgerichtet; dabei neigten sowohl die inländische als auch die ausländische Nachfrage zur Schwäche. Im Baubereich, der bislang eine wichtige Stütze für die Konjunktur war, steigen die Auftrags-eingänge seit der Jahreswende 1991/92 nicht mehr. Die Einschätzungen der Konsumenten sind ebenfalls pessimistisch.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird im ersten Halbjahr 1993 deutlich unter dem Stand des Vorjahres liegen, und die Zahl der Arbeitslosen wird saisonbereinigt die 2-Millionen-Marke deutlich überschreiten. Wir erwarten jedoch, daß sich die Konjunktur im zweiten Halbjahr nach und nach belebt.

Ausschlaggebend für diese Einschätzung ist zunächst, daß die Konstitution der deutschen Wirtschaft nach einer langen Aufschwungsphase relativ robust ist. Die Gewinne sind im Vergleich zu jenen am Anfang der achtziger Jahre hoch. Ferner wird die geldpolitische Lockerung die kurzfristigen Zinsen spürbar sinken lassen und – mit einer Verzögerung von zwei bis drei Quartalen – die Binnennachfrage anregen. Von der Finanzpolitik sind dagegen im kommenden Jahr keine nachfrageanregenden Wirkungen zu erwarten; sie wird vorrangig darauf bedacht sein, durch eine Verringerung des Ausgabenanstiegs sowie durch höhere Abgaben eine weitere Zunahme des Budgetdefizits zu verhindern. Eingeleitet werden dürfte die konjunkturelle Wende von der Erholung der Weltkonjunktur, mit der die Nachfrage des Auslands nach deutschen Gütern allmählich wieder zunehmen wird.¹

Infolge der verschlechterten Absatz- und Ertragerwartungen hat sich die Investitionsneigung der Unternehmen in diesem Jahr spürbar verringert. Im kommenden Jahr werden die Investitionsbedingungen nach und nach wieder etwas günstiger werden. Der Kostendruck wird allmählich geringer werden; so haben die Unternehmen umfangreiche Rationalisierungsanstrengungen eingeleitet, und der Lohnanstieg wird im kommenden Jahr wohl deutlich niedriger als in diesem ausfallen. Zusammen mit niedrigeren Zinsen verbessert dies die Ertragslage der Unternehmen ebenso wie die Belebung der Auslands- und schließlich auch der Binnennachfrage. Damit dürften Sachanlagen im Verhältnis zu Finanzanlagen wieder an Attraktivität gewinnen. Gleichwohl werden sich die Investitionen – nach einem Rückgang im Winter 1992/93 – erst im späten

¹ Zu den Aussichten für die konjunkturelle Entwicklung in den Industrieländern vgl. Bessin et al. [1992].

Verlauf des kommenden Jahres erhöhen. Im Jahr 1993 insgesamt dürften sie den Stand im Vorjahr aber nicht erreichen.

Die Bauinvestitionen werden im kommenden Jahr steigen, wenn auch nur sehr verhalten. Dabei wird die Entwicklung in den einzelnen Bausparten stark differenziert verlaufen. Die Investitionen im Mietwohnungsbau nehmen angesichts der auch zuwanderungsbedingt steigenden Nachfrage nach Wohnraum weiter zu, und die Modernisierungen und die Instandsetzungen stützen ebenfalls die Bautätigkeit; mit sinkenden Zinsen dürfte sich der Einfamilienhausbau wieder etwas beleben. Deutlich ungünstiger sind dagegen die Perspektiven für den öffentlichen Bau. Bei der angespannten Finanzlage werden vor allem die Gemeinden, der wichtigste Auftraggeber im öffentlichen Bau, ihre Investitionspläne strecken.

Vom privaten Verbrauch sind im kommenden Jahr keine Impulse für die Konjunktur zu erwarten. Niedrigere Tariflohnsteigerungen, ein Rückgang der Zahl der Beschäftigten und eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit tragen dazu ebenso bei wie schwächer steigende Transferzahlungen. Zudem erhöht sich die Belastung mit Steuern und Sozialabgaben. Der Anstieg der verfügbaren Einkommen fällt mit rund 3,5 vH schwächer als in diesem Jahr (4,5 vH) aus. Angesichts zunehmender Arbeitsplatzrisiken sowie anhaltender Unsicherheit über weitere steuerliche Belastungen werden die privaten Haushalte ihre Sparneigung trotz sinkender Zinsen wohl kaum verringern. Bei einer Preissteigerungsrate von 3,5 vH werden die realen Verbrauchsausgaben im Jahr 1993 daher kaum höher als im Vorjahr sein.

Die Rahmenbedingungen für die westdeutsche Ausfuhr sind in den zurückliegenden Monaten ungünstig geblieben. Die Produktion in den westeuropäischen Ländern – den wichtigsten Absatzmärkten deutscher Exporteure – stagnierte oder schwächte sich sogar ab. Zudem hatte sich die Preiswettbewerbsposition deutscher Anbieter als Folge der Aufwertung der D-Mark gegenüber wichtigen europäischen Währungen spürbar verschlechtert. Der jüngste Kursanstieg des US-Dollar gegenüber der D-Mark hat dies nur zum Teil ausgeglichen. Der rückläufige Auftragseingang aus dem Ausland deutet darauf hin, daß die Ausfuhrschwäche zunächst noch anhalten wird. Eine langsame Erholung der westdeutschen Ausfuhr ist wohl erst für die zweite Hälfte des nächsten Jahres zu erwarten, wenn sich die wirtschaftlichen Auftriebskräfte in den wichtigsten Handelspartnerländern allmählich durchsetzen werden. Anregend auf die Ausfuhr wird wirken, daß sich mit der Abnahme der Zinsdifferenz zu den Vereinigten Staaten die D-Mark gegenüber dem US-Dollar abwerten dürfte. Die Lieferungen nach Ostdeutschland – sie sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen Bestandteil der westdeutschen Ausfuhr – werden im nächsten Jahr verlangsamt steigen. Dabei wird sich wohl der Anteil der Investitionsgüter zu Lasten dessen der Konsumgüter spürbar erhöhen. Insgesamt erwarten wir, daß die Ausfuhr Westdeutschlands im nächsten Jahr nur um reichlich 1,5 vH gegenüber der im laufenden Jahr zunehmen wird.

Die reale Wareneinfuhr Westdeutschlands stagniert nun schon seit nahezu zwei Jahren. Darin spiegelt sich vor allem die schwache Binnenkonjunktur im Westen wider. Auch im kommenden Jahr werden die Einfuhren aufgrund der

Tabelle 2 – Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland 1989–1993

	1991	1989	1990	1991	1992 ¹	1993 ¹
Verwendung des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen	Mrd. DM	Veränderungen gegenüber d. Vorjahr in vH				
Privater Verbrauch	1420,7	5,8	8,2	7,5	4,5	3,5
Staatsverbrauch	468,1	1,6	6,1	5,3	7,0	3,5
Anlageinvestitionen	565,1	9,4	13,0	11,5	6,0	3,0
Ausrüstungsinvestitionen	261,6	11,5	15,0	11,8	1,0	0
Bauinvestitionen	303,5	7,7	11,3	11,2	10,0	5,0
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	- 8,6	(16,01)	(3,13)	(- 8,61)	(- 4,5)	(- 8,0)
Ausfuhr	1013,2	14,6	11,9	14,8	4,5	3,0
Einfuhr	827,2	13,7	11,7	15,1	4,5	2,5
Außenbeitrag (Mrd. DM)	186,0	(144,80)	(163,60)	(186,02)	(193,0)	(203,0)
Bruttosozialprodukt	2631,2	6,7	8,4	7,9	5,5	3,5
Inländische Verwendung	2445,2	5,9	8,1	7,5	5,5	3,5
Verwendung des Bruttosozialprodukts in Preisen von 1985						
Privater Verbrauch	1274,6	2,7	5,4	3,6	0,5	0
Staatsverbrauch	393,6	- 1,7	2,4	0,5	2,5	0,5
Anlageinvestitionen	485,0	6,5	8,7	6,5	2,0	- 0,5
Ausrüstungsinvestitionen	239,6	8,9	13,1	9,1	- 1,0	- 2,0
Bauinvestitionen	245,4	4,4	4,9	4,1	4,5	0,5
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	- 4,5	(16,95)	(5,76)	(- 4,54)	(- 2,0)	(- 5,0)
Ausfuhr	962,3	11,5	11,1	12,7	3,0	1,5
Einfuhr	884,2	8,4	11,9	12,2	4,0	1,0
Außenbeitrag (Mrd. DM)	78,1	(64,23)	(66,15)	(78,10)	(70,3)	(76,2)
Bruttosozialprodukt	2226,8	4,0	4,9	3,6	1,0	0
Inländische Verwendung	2148,7	2,8	4,9	3,1	1,5	0
Preisniveau des Bruttosozialprodukts	1985 = 100					
Privater Verbrauch	111,5	3,1	2,6	3,8	4,0	3,5
Ausrüstungsinvestitionen	109,2	2,4	1,7	2,5	2,0	2,0
Bauinvestitionen	123,7	3,2	6,2	6,9	5,5	4,5
Ausfuhr	105,3	2,8	0,7	1,9	1,5	1,5
Einfuhr	93,6	4,8	- 0,2	2,6	0,5	1,5
Bruttosozialprodukt	118,2	2,6	3,4	4,1	4,5	3,5
Inländische Verwendung	113,8	3,0	3,1	4,2	4,0	3,5
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1985	Mrd. DM					
Arbeitsvolumen	0,9	2,2	1,7	1,0	- 1,5
Produktivität	2,6	2,9	2,0	0,5	1,5
Bruttoinlandsprodukt	2209,6	3,4	5,1	3,7	1,5	0
Einkommensverteilung						
Volkseinkommen	2008,8	6,3	8,5	6,5	4,5	2,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	586,7	10,7	9,9	3,4	1,0	2,5
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1422,1	4,5	7,8	7,9	6,0	2,5
in vH des Volkseinkommens	70,3	69,9	70,8	72,0	72,0
Lohnkosten je Produkteinheit ²	0,4	2,6	4,0	5,0	2,5
Arbeitslose (Mill.)	2,04	1,88	1,69	1,81	2,10
Erwerbstätige ³ (Mill.)	27,66	28,49	29,22	29,44	29,30

¹ Geschätzt. – ² Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. – ³ Inlandskonzept.

Quelle: Statistisches Bundesamt [1992b]; eigene Schätzungen.

rezessiven Tendenzen zunächst wohl nur wenig expandieren. Erst für die zweite Jahreshälfte erwarten wir, daß sich mit der allmählichen Belebung der wirtschaftlichen Aktivität die Bezüge aus dem Ausland wieder erhöhen. Insgesamt werden die realen Importe im Durchschnitt des kommenden Jahres jedoch nur um 1 vH über dem Niveau im Vorjahr liegen.

In der konjunkturellen Grundtendenz wird die gesamtwirtschaftliche Produktion bis weit in das Jahr 1993 hinein leicht abwärtsgerichtet sein; erst in der zweiten Hälfte des kommenden Jahres wird sich die Konjunktur beleben. Im Jahre 1993 insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt nicht höher sein als 1992; in diesem Jahr dürfte der Anstieg gegenüber dem Vorjahr knapp 1,5 vH betragen (Tabelle 2). Bei schwacher Nachfrage sowie etwas nachlassendem Kostendruck wird der Preisauftrieb im Verlauf von 1993 allmählich abflachen. Gleichwohl wird die Preissteigerungsrate im Vorjahresvergleich zum Ende des Jahres 1993 mit einer Rate von 3 vH nur wenig niedriger sein als zu Ende des Jahres 1992 (3,5 vH); dazu trägt allerdings bei, daß sich die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. Januar des Jahres 1993 in einem Anstieg der Lebenshaltungskosten um 0,5 Prozentpunkte auswirkt.

Die Konjunkturschwäche in Westdeutschland wird im kommenden Jahr deutliche Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. Mit Blick auf die schwache gesamtwirtschaftliche Nachfrage werden die Unternehmen die Beschäftigung merklich einschränken. Verstärkt wird der Beschäftigungsabbau durch die hohen Abschlüsse der Lohnrunde 1992. Zusammen mit einem leicht steigenden Arbeitsangebot läßt die rückläufige Arbeitsnachfrage die Zahl der registrierten Arbeitslosen bis zum Ende kommenden Jahres steigen; im Jahresdurchschnitt 1993 dürfte die Zahl der Arbeitslosen bei rund 2,1 Millionen liegen.

Ausblick Ostdeutschland: Anstieg der Produktion – düstere Lage auf dem Arbeitsmarkt

In den neuen Bundesländern wird die gesamtwirtschaftliche Produktion, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, in diesem Jahr wohl um rund 5 vH höher sein als 1991 (Tabelle 3). Dieser deutliche Produktionszuwachs ist jedoch nicht Ergebnis eines beginnenden wirtschaftlichen Erholungsprozesses. Er resultiert vielmehr auch daraus, daß Betriebe oder Teile von Betrieben geschlossen werden, in denen die Wertschöpfung negativ ist. Der strukturelle Anpassungsprozeß gestaltet sich erheblich schwieriger als ursprünglich erwartet. Während er im Handel und im Handwerk zügig vorankommt, ist die Lage in der Industrie vielfach kritisch.² So dürfte die Industrieproduktion 1992 gegenüber dem Vorjahr wohl nochmals etwas zurückgegangen sein und nur noch etwa ein Drittel des Niveaus vor Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion zur Mitte des Jahres 1990 betragen haben. Insbesondere jene Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes, die stark vom Export nach Osteuropa abhängen wie z. B. Maschinenbau, Schiffbau, Elektrotechnik und Feinmechanik/Optik verzeichneten zum Teil abermals beträchtliche Produktionseinbußen. Dagegen ist die Erzeugung in

² Für eine detaillierte Analyse vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung und Institut für Weltwirtschaft [1992].

Tabelle 3 – Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1992/1993

	West-deutschland		Ost-deutschland		Bundesrepublik Deutschland	
	1992	1993	1992	1993	1992	1993
Bruttoinlandsprodukt ¹	1,5	0	5	7	1,5	0,5
Erwerbstätige ² (1 000)	29 440	29 240	6 070	5 870	35 510	35 110
Beschäftigte Arbeitnehmer ² (1 000)	26 390	26 190	5 530	5 290	31 920	31 480
Arbeitslose (1 000)	1 810	2 100	1 170	1 200	2 980	3 300
Finanzierungssaldo des Staates ³ (Mrd. DM)					-135	-155
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. DM) ...					-40	-35
Verbraucherpreise ⁴	4,0	3,5	11	8		

¹ In konstanten Preisen, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH. – ² Im Inland. – ³ In der Abgrenzung der Finanzstatistik. – ⁴ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.

Quelle: Statistisches Bundesamt [1992 a; 1992 b]; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung [1992]; eigene Schätzungen.

baunahen Bereichen (Steine und Erden, Stahlbau), im Ernährungsgewerbe und in der Verbrauchsgüterindustrie gestiegen.

In der Industrie wird die Geschäftslage von den Unternehmen gegenwärtig nicht mehr so schlecht beurteilt wie zu Jahresbeginn oder im vergangenen Jahr; gleichwohl hat sich die Auftragslage noch nicht nachhaltig gebessert. Die noch im Treuhandbesitz befindlichen Unternehmen sind mit wenigen Ausnahmen auf den internationalen Märkten nicht wettbewerbsfähig. In letzter Zeit berichten auch viele privatisierte Unternehmen von Wettbewerbsschwächen; dies läßt befürchten, daß sich beim Kauf ins Auge gefaßte Unternehmenskonzepte zum Teil als nicht tragfähig erweisen. Allerdings gibt es gleichzeitig eine zunehmende Zahl von Unternehmen, die – überwiegend im Besitz westlicher Investoren oder mit westlicher Hilfe – bei der Rationalisierung der Fertigung und der Neuorganisation der Unternehmensführung deutliche Fortschritte machen. Zudem nehmen verstärkt Unternehmen die Produktion auf, die neugegründet worden sind.

Dafür, daß der strukturelle Anpassungsprozeß in den neuen Bundesländern langsamer als erwartet vorankommt, ist eine Vielzahl von Gründen maßgeblich. Neben dem Zusammenbrechen des Absatzes in Osteuropa sind vor allem die rasch steigenden Löhne zu nennen; sie stellen nicht nur die existierenden Unternehmen vor große Probleme, sondern sie veranlassen zudem potentielle Investoren, auf Standorte in anderen Ländern Mitteleuropas auszuweichen. Die Investitionstätigkeit wird zusätzlich immer noch durch ungeklärte Eigentumsverhältnisse und langwierige Genehmigungsverfahren behindert. Versuche, durch die Einführung von Vorfahrtsregeln für Investoren Erleichterung zu schaffen, haben bislang nicht zu der erhofften Entspannung auf dem Immobilienmarkt geführt.

Allerdings darf nicht übersehen werden, daß wichtige andere Rahmenbedingungen für unternehmerische Aktivitäten inzwischen günstiger geworden sind. So ist die Infrastruktur im Bereich des Verkehrs und bei der Telekommunikation deutlich verbessert worden. Zudem ist die Privatisierung durch die Treuhandanstalt bis zuletzt rasch vorangekommen. Bis Ende Oktober 1992 wurden mehr als 10 000 Unternehmen oder Unternehmensteile privatisiert. Zur Privatisierung standen noch rund 3 200 Betriebe an. Eine nicht unbedeutende Zahl dieser Betriebe müßte allerdings mangels Rentabilität geschlossen werden. Gegen die Schließung gibt es jedoch zunehmende politische Widerstände. Die Treuhandanstalt hat bislang die Privatisierung als beste Form der Sanierung bezeichnet. Seit kurzem ist jedoch ein Kurswechsel in ihrer Politik festzustellen. Offenbar soll nunmehr die Mehrzahl der verbliebenen Unternehmen vor ihrer Privatisierung saniert werden.³ Damit besteht die Gefahr, daß überkommene Strukturen erhalten werden und über einen längeren Zeitraum hohe Verluste anfallen, die letztlich vom Steuerzahler zu tragen sind.

Die Investitionen werden – wie in diesem – auch im nächsten Jahr deutlich zunehmen, nach 106 Mrd. DM im Jahr 1992 werden die Bruttoanlageinvestitionen rund 130 Mrd. DM erreichen. Dabei haben wir unterstellt, daß trotz der Konjunkturschwäche in den alten Bundesländern die westdeutschen Unternehmen ihre Investitionspläne im großen und ganzen in dem ursprünglich genannten Umfang, rund 45 Mrd. DM im Jahr 1992 und rund 54 Mrd. DM im Jahr 1993, verwirklichen. Soweit die Investitionsprojekte bereits begonnen sind, ist eine vollständige Aufgabe oder eine zeitliche Streckung mit hohen Kosten verbunden. Zwar haben einige größere Firmen angekündigt, sich aus geplanten Vorhaben vollständig zurückzuziehen, dem steht jedoch gegenüber, daß die Investitionsförderung für mittelständische Unternehmen aufgestockt werden soll. Zu diesem Zweck soll für Investitionen ostdeutscher Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe und im Handwerk, die einen Umfang von 1 Mill. DM nicht übersteigen, die Investitionszulage von 8 auf 20 vH erhöht werden. Zudem sollen generell die regionale Wirtschaftsförderung ausgeweitet und zusätzliche Hilfen für die Bildung von Eigenkapital gewährt werden. Der Bund, die ostdeutschen Länder und Gemeinden werden ihre Investitionen abermals spürbar erhöhen. Im Wohnungsbau werden dagegen die Investitionen zunächst noch verhalten zunehmen. Zwar werden verstärkt Modernisierungen und Instandsetzungen vorgenommen, zumal die staatlichen Fördermittel in diesem Bereich nochmals erhöht werden sollen. Dem steht allerdings gegenüber, daß sich der Neubau von Wohnungen wegen der unsicheren Einkommens- und Beschäftigungserwartungen, der vielfach noch ungeklärten Eigentumsverhältnisse sowie der ungünstigen Finanzlage kommunaler Wohnungsbauunternehmen nur zögerlich beleben wird.

Die Verbrauchsausgaben der ostdeutschen Haushalte werden im kommenden Jahr nur noch geringfügig zunehmen; 1991 und 1992 waren sie jeweils beträchtlich gestiegen. Maßgeblich für die Abflachung des realen privaten Verbrauchs ist der deutlich geringere Zuwachs der Tariflöhne sowie die rückläufige Zahl der

³ Zum neuen Rollenverständnis der Treuhandanstalt vgl. Naujoks et al. [1992].

Beschäftigten. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird wegen der Mieterhöhung zum 1. Januar mit 8 vH abermals kräftig ausfallen und die Zunahme der Einkommen weitgehend aufzehren.

Die Warenexporte ins Ausland werden im kommenden Jahr kaum nennenswert höher sein. Die für Ausfuhren nach Osteuropa vorgesehenen Hermes-Kreditbürgschaften greifen kaum. So werden den Unternehmen in den Abnehmerländern die zur Anzahlung erforderlichen Devisen seit einiger Zeit nicht mehr zu subventionierten Wechselkursen zur Verfügung gestellt. Die Lieferungen, die von Ostdeutschland direkt in das westliche Ausland gehen, werden jedoch erst allmählich expandieren. In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dürfte die Ausfuhr im nächsten Jahr gleichwohl deutlich steigen. Dazu trägt bei, daß der Warenstrom von Ost- nach Westdeutschland zunimmt, weil westdeutsche Unternehmen in den neuen Bundesländern verstärkt die Produktion aufnehmen. Hinzu kommt, daß die Einkommen der in Westdeutschland arbeitenden ostdeutschen Bürger 1993 wohl etwas höher ausfallen werden als im laufenden Jahr.

Die ostdeutschen Warenimporte aus dem Ausland werden in diesem Jahr wohl nochmals leicht zurückgehen. Erst im Verlauf des nächsten Jahres dürfte sich eine schwache Belebung ergeben. Dabei wird die Einfuhr aus den osteuropäischen Ländern auf gedrücktem Niveau bleiben. Hingegen werden durch die allmähliche Produktionsbelebung und den fortschreitenden Aufbau direkter Lieferkontakte zu westlichen Herstellern die Bezüge von dort angeregt. Die Einfuhren aus den alten Bundesländern werden in diesem und nächsten Jahr weiterhin zunehmen, wenn auch nicht mehr in dem Ausmaß wie in den zurückliegenden beiden Jahre.

Alles in allem wird die gesamtwirtschaftliche Produktion im Verlauf des kommenden Jahres etwas an Tempo gewinnen, für das Jahr 1993 insgesamt wird der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts mit einer Größenordnung von rund 7 vH wohl etwas höher ausfallen als im Jahr 1992 (5 vH). Die Zunahme des realen Bruttosozialprodukts wird 1993 ähnlich hoch sein wie die des Bruttoinlandsprodukts.

Auf dem Arbeitsmarkt wird sich die Lage im Winterhalbjahr 1992/93 nochmals verschlechtern, da noch immer mehr Arbeitsplätze verlorengehen als neue entstehen. Im Verlauf des kommenden Jahres dürfte allerdings der Rückgang in der Zahl der Beschäftigten aber zum Stillstand kommen. So ist bereits eine Vielzahl unrentabler Arbeitsplätze abgebaut worden, und die Produktion wird sich allmählich erholen. Hinzu kommt der Kurswechsel in der Politik der Treuhandanstalt. Mit der Hinwendung zur aktiven Sanierung gibt es de facto für viele der in den Treuhandbetrieben Beschäftigten eine Arbeitsplatzgarantie. Trotz der vorgesehenen Kürzung der Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen rechnen wir daher nicht mit einer Zunahme in der Zahl der registrierten Arbeitslosen; sie dürfte 1993 wie in diesem Jahr bei rund 1,2 Millionen liegen.

Summary

Federal Republic of Germany: in a Recession

Downswing in Western Germany Continues

In western Germany, the downswing of economic activity, which started in early 1991, has continued during the summer of 1992; real GDP stagnated. In industry production and capacity utilization declined markedly albeit from a very high level; in autumn of 1992 the capacity utilization in the manufacturing sector fell below the long-term average for the first time since 1984. In the service sector the increase in output slowed down noticeably. The situation on the labor market has deteriorated, employment has stagnated since the beginning of 1992, and the number of unemployed has risen significantly. Inflation has not yet slowed down with consumer prices exceeding their pre-year's level by about 3.5 p.c. in the autumn of 1992.

Unsteady Production in Eastern Germany

In the five new federal states, economic activity reached its trough in the middle of 1991. However, the increase in production during the second half of 1991 did not continue in 1992 since exports to eastern Europe collapsed. Overall production stagnated in the first half of 1992 and slightly recovered in the third quarter. Production in the manufacturing sector declined in the first half of 1992 and has stabilized since then. Yet, output of the construction and the service sector continued its upward trend. The situation on the labor market has not improved as yet. The number of employed decreased further since especially in industry dismissals exceeded the number of newly created jobs. However, the number of registered unemployed has declined due to a variety of public labor market schemes. Though the rise of administered prices has still a strong impact on consumer prices, the underlying trend of inflation in eastern Germany is similar to the one in western Germany.

Outlook for Western Germany: Slow Recovery in the Second Half of 1993

Cyclical indicators suggest that overall production in western Germany will decline during the coming winter. The sharp deterioration of business expectations in the manufacturing sector as well as in the construction sector and the weakening of consumer confidence give evidence of the persistence of the recession. Overall production in the first quarter of 1993 will fall significantly below its pre-year level; in the manufacturing sector, capacity utilization will once again decline markedly. The number of unemployed is likely to exceed 2 mill. We nevertheless expect economic activity to gradually recover in the second half of 1993. Therefore, the recession will be moderate compared to the one at the beginning of the eighties.

This is mainly due to the fact that the basic constitution of the German economy is relatively robust. After a long upswing, companies' profits are on

a high level compared to the beginning of the last decade. Moreover, the easing of monetary policy which is expected to start in early 1993 will bring short-term interest rates down noticeably and stimulate domestic demand. Fiscal policy will hardly contribute to economic recovery next year. In order to avoid a rise of the budget deficit, tax increases have been decided upon and the increase of public spending will be slowed down. The turnaround in economic activity will be initiated by the expected recovery of the world economy, leading to gradually increasing demand from abroad.

All in all, after rising by 1.5 p.c. in 1992 real GDP in 1993 will barely reach the level of 1992. Due to lower demand and a slight softening of cost pressure, inflation will decelerate in the course of 1993. Nevertheless, on a year-over-year basis the rate of inflation at the end of 1993 will amount to about 3 p.c., which is only half a percentage point lower than at the end of 1992. This partly results from the rise of the value added tax rate which raises the consumer price index by about half a percentage point.

The continuing weakness of economic activity in western Germany will have a negative impact on the labor market. Given the strong increase in labor costs companies will cut employment. As the supply of labor increases slightly and demand for labor declines, unemployment will move up noticeably until the end of next year. On average, the number of unemployed will amount to about 2.1 mill. in 1993.

Outlook for Eastern Germany: Rise in Production – But Gloomy Employment Prospects

In the five new federal states, real GDP is expected to grow by about 5 p.c. this year after having fallen by about 50 p.c. in the two preceding years. The reconstruction is still impeded by protracted adjustment problems which have turned out to be more difficult than expected. While the structural change in trade and crafts is making progress the situation in industry is still critical.

At present, the business climate in industry is not as bad as it was in the beginning of the year; nevertheless, the situation with respect to orders has not improved significantly. Recently, privatized companies have complained about a lack of competitiveness. Therefore fears have emerged that the restructuring concepts agreed upon with the Treuhandanstalt cannot be realized with respect to investment and employment. However, at the same time there is an increasing number of companies which make progress in economizing production and in implementing new management systems. In addition, there is a rise in the number of newly founded companies. All in all, aggregate production will accelerate during the course of next year, the real GDP is expected to increase by about 7 p.c.

In the winter of 1992/93, the situation in the labor market will continue to worsen. But the decline in the number of employees will come to an end during the course of next year because over-manning has already been reduced significantly and production will gradually recover. In addition, there is a shift in the policy of the Treuhand agency towards a reconstruction of companies before

privatization. This is a de-facto guarantee for the jobs in the still state-owned companies. In spite of the cuts in expenditures for labor market measures we do not expect an increase in unemployment; in 1993 the number of unemployed is likely to amount to about 1.2 mill.

Literaturverzeichnis

- ARBEITSGEMEINSCHAFT DEUTSCHER WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHER FORSCHUNGSINSTITUTE, „Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1992“. Ifo-Konjunkturdienst Nr. 10, 1992.
- BESSIN, Stefanie, Malte FISCHER, Klaus-Jürgen GERN, Klaus-Werner SCHATZ, Peter TRAPP, „Schleppende Konjunkturerholung in den Industrieländern“. Die Weltwirtschaft, 1992, in diesem Heft.
- BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN (BMF) [a], Finanzbericht 1992. Bonn 1991.
– [b], Finanzbericht 1993. Bonn 1992.
- DEUTSCHE BUNDESBANK, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank. Frankfurt/M., lfd. Jgg.
- DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG und INSTITUT FÜR WELT-WIRTSCHAFT, Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. Siebter Bericht. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 198/199, Dezember 1992.
- NAUJOKS, Petra, Birgit SANDER, Klaus-Dieter SCHMIDT, „Von der Privatisierung zur Sanierung – Kursänderung bei der Treuhandanstalt“. Die Weltwirtschaft, 1992, in diesem Heft.
- STATISTISCHES BUNDESAMT [1992a], Der Staat in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1950 bis 1991. Arbeitsunterlage, 1992.
– [1992b], Wirtschaft und Statistik. Stuttgart 1992, H. 9.